



„Steine aus Saarbrücken“

Saarbrücker Erklärung für eine neue Wohnungspolitik
diskutiert auf der
Jahrestagung des Deutschen Werkbundes
v. 10. - 14.6.1981

Auszeichnung für besondere wohnungspolitische Initiative durch die Werkbundtagung

Die Teilnehmer des abschließenden Plenums des Saarbrücker Kongresses haben angeregt, bei dieser und künftigen Veranstaltungen des Werkbundes herausragende wohnungspolitische Initiativen auszuzeichnen.

Einmütig wurde der Beschluß gefaßt, die diesjährige Auszeichnung an die Hausbesetzerbewegung zu verleihen.

In diesem Zusammenhang wurde hervorgehoben, daß auf der Grundlage der im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerten Sozialbindung des Eigentums, Hausbesetzungen mit dem Ziel, die Zweckentfremdung und die Vernichtung von Wohnraum durch Abriß zu verhindern, als legal anzuerkennen sind.

Um dieser Position auch einen praktischen Ausdruck zu verleihen, wurde ein bei der Tagung gesammelter Geldbetrag dem Besetzerat von Berlin zur Unterstützung eines inhaftierten Hausbesetzers zuerkannt.

Des weiteren wurde eine Darlehensaktion als sofortige Finanzierungshilfe zur Rettung eines abrißbedrohten ehemaligen Lehrlingsheims, des Johannes-Höver-Hauses in Aachen, eröffnet.

Saarbrücken, den 14. Juni 1981

● Die Wohnungspolitik in der Bundesrepublik ist am Ende. 36 Jahre nach dem Krieg ist es ihr nicht gelungen, eine Politik zur Verhinderung von Wohnungsnot zu entwickeln. Es ist offensichtlich, daß nur eine entschiedene Veränderung der Politik eine Lösung der Wohnprobleme erbringen kann. Wohnungsnot herrscht in den Ballungsräumen, und dort bei den unteren 50% der Einkommens- und Lohnempfänger.

Auf diese soziale Gruppe muß sich eine neue Wohnungspolitik beziehen.

Jede Subvention muß dabei dem Prinzip von unten zur Mitte folgen, d.h. bei den untersten Einkommensgruppen beginnen und bei den mittleren Einkommen enden.

● 70% aller Bürger der Bundesrepublik wohnen zur Miete. Ihre Rechte müssen gestärkt und nicht abgebaut werden. Um einen Anfang zu machen, sollen die genossenschaftlichen, gemeinnützigen und städtischen Wohnungsgesellschaften die Entscheidungen über Instandhaltung und Modernisierung, über Miethöhe und Belegung an einen Wohnerrat abtreten.

- In dem Wohnerrat sind Vertreter der Bewohner und der Wohnungsgesellschaften vertreten. Die Bewohner haben dabei die Mehrheit der Stimmen.
- Bei größeren Gesellschaften sollen mehrere Bewohnerkomitees dezentral organisiert werden.
- Im privaten Mietwohnungsbau soll die Duldungspflicht der Mieter gegenüber Modernisierungsabsichten des Hausbesitzers abgeschafft werden. Stattdessen soll eine Duldungspflicht des Vermieters gegenüber Modernisierungsabsichten des Mieters eingeführt werden.
- Mietermodernisierungen sind rechtlich und finanziell abzusichern.
- Selbstbestimmtes Wohnen darf nicht allein den Wohnungseigentümern vorbehalten bleiben. Gerade für die unteren Schichten ist das Wohnen zur Miete - jedenfalls in den großen Städten - die einzige Möglichkeit. Es gilt daher, in diesem Bereich den Bewohnern eigentumsähnliche Rechte zu sichern.
- Und Mieter-Selbstverwaltungen zu installieren.

Instandhaltungskontrolle

- Wir können uns keinen Leerstand von Wohnungen leisten (wie z.B. 20.000 allein in Berlin).
- Auch kein Verfallenlassen als Wohnwert-Verschlechterung und vorzeitigen Verschleiß.
- Die Instandhaltungskontrolle muß daher so ausgebildet werden, daß es keinen Leerstand und Verfall mehr gibt.
- Dies gilt für Einzelhausbesitzer ebenso wie für gemeinnützige und private Unternehmen.
- Die Gemeinden brechen unentwegt das Gesetz, indem sie das Bauaufsichtsrecht geradezu systematisch nicht anwenden. Personalmangel ist nur eine faule Ausrede zur Rechtfertigung dieser Korruption, die wissentlich oder unwissentlich, aber faktisch der Spekulation zuarbeitet.
- Auch die Prüfungsverbände der Gemeinnützigen verstoßen ständig gegen Gesetze und Satzungen, weil sie ihre Mitglieder nicht auf die Einhaltung der Instandhaltung kontrollieren.
- In den letzten Jahren wurden immense Haushaltsmittel eingesetzt oder erhöht, um die Polizei mit militärartigen und bürgerkriegsmäßigen Enträumungen zum Nutzen von Spekulanten sowie den Verfassungsschutz zu umfangreicher Bespitzelung und ferner die Justiz zu mißbrauchen. Diese Haushaltsmittel müssen umgeschichtet werden: zur qualifizierten Kontrolle der Instandhaltungen.
- Ein Gesetz muß die Rückstellungen aus der Miete für Instandhaltung sichern und verbessern.

Stop für Sanierungsspekulation!

- In den letzten Jahren ist mit dem Argument, die Stadtflucht aufhalten zu wollen, eine Sanierungskatastrophe betrieben worden. Ergebnis: die Bewohner, die auf billige Altbausubstanz angewiesen

sind, wurden auf immer engere Flächen zusammengedrängt. Bei steigenden Mieten. Folge: weitere Stadtlucht.

- Diese spekulationsfördernde Abriß- und Sanierungspolitik, die lediglich die Spekulation fördert, muß eingestellt werden.

Stop für Modernisierungsspekulation!

- Die steuerliche Begünstigung der neuen Modernisierungs-Spekulation ist ein sozialpolitischer Skandal.
- Die Gemeinden müssen deshalb dazu übergehen, Modelle einer „sanften“ Modernisierung zu betreiben.
- Sie muß von der Bewohnerschaft selbst bestimmt werden. Und: in Selbsthilfe betrieben werden. Hier können besonders holländische Beispiele Pate stehen.

Stärkung der Ökonomie der Mieter

- Um Mieterdarlehen ohne Grundbesitz-Sicherung erhalten zu können, müssen Landesbürgschaften bzw. Gemeindebürgschaften zur Verfügung gestellt werden (vgl. Niederlande). Oder: die Städte müssen ihre Sparkassen dazu veranlassen.
- Solange es Bauspar-Darlehen gibt (wir fordern ihre Abschaffung), müssen sie auch für Mieter zur Verfügung stehen.

Gewährenlassen und Förderungen für eigene Lebensräume

- Die Menschen haben das Recht, ihren eigenen Lebensraum zu gestalten, auf ihre Weise zu leben. Jugendliche in Berlin-Kreuzberg: „Dieses Haus ist sicher und stabil - es wird getragen von Mörtel und Solidarität.“
- Selbsthilfe muß ermöglicht werden.
- Sie eröffnet Lernchancen immensen Ausmaßes.
- Wir alle und der Staat müssen lernen, dies zu akzeptieren und genauso zu fördern wie anderswo gefördert wird - aber mit Maßstäben, die aus der Sache selbst stammen.

Selbsthilfe und Eigenarbeit

- Instandsetzung, Modernisierung und Neubau durch sich selbstorganisierende Betroffene kann sich auf Selbsthilfe und Eigenarbeit stützen. Damit werden bislang ungenutzte Ressourcen aktiviert.
- Hier bietet sich zugleich ein weites Feld für nützliche und humane Beschäftigung von arbeitslosen und durch die gegenwärtige Politik von Arbeitslosigkeit bedrohten Baufachleuten.
- Im Rahmen sozialpädagogischer Maßnahmen können Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in einer „gesellschaftlichen Ernstsituation“ für arbeitslose Jugendliche geschaffen werden.

Sozialisierung von Boden und Altbauten (Rotterdam Modell)

- Die Gemeinden sind durchaus noch in der Lage - nach Rotterdam Vorbild - Boden und Altbauten in großem Umfang aufzukaufen, wenn sie planerisch rigoros restriktiv ausweisen und dadurch Spekulation verhindern und anschließend zum Ertragswert erwerben. Dann läßt sich nämlich der Aufkauf aus der Miete finanzieren.
- Die Gemeinden müssen ihr Vorkaufsrecht nach Bundesbaugesetz auch real nutzen - und zwar in großem Umfang. Mithilfe ihrer Gemeinnützigen.
- Für den Kauf von Boden und Altbauten Hypotheken aufzunehmen, bedeutet nicht Verschuldung, sondern die Schaffung sozialen Vermögens der Gemeinde. Es ist absurd, die Gemeinde von dem abzuhalten, was jedes Unternehmen für selbstverständlich hält (dem Grafen Lambsdorff ins Ohr!).
- Wir lassen uns das Märchen von Stadträten nicht länger bieten, die städtischen Haushalte hätten kein Geld. Die Städte sollen gefälligst ihre gemeinnützigen Gesellschaften dafür einsetzen. Es ist ein Skandal, wenn diese prestigeorientierte Eigentumsprojekte finanzieren, statt Arbeitersiedlungen zu übernehmen (wie z.B. in Gelsenkirchen). Oder Gewinne in enormem Umfang bequem in Pfandbriefen und Wertpapieren anlegen.
- Gemeinnützige Gesellschaften sowie Sparkassen und Banken der öffentlichen Hand sind überhaupt nicht gezwungen, Gewinne zu machen und schon gar nicht in jedem Bereich. Sie müssen und können kostendecken und damit sozial in der Wohnungsfinanzierung arbeiten.
- Die Städte müssen eine bodenpreissenkende Bodenvorrats-Politik betreiben.
- Kommunaler Boden darf grundsätzlich nur unter Sicherung eines langfristigen Vorkaufsrechts mit Preisbindung (Übernahmepreis plus Geldentwertung abzüglich Verschleißkosten etc.) veräußert werden.

Soziale Nutzung von Sozialinstrumenten

Wir stehen vor der absurden Situation, daß eine Reihe von Instrumenten sozialer Wohnungspolitik geschaffen wurden, die jedoch für die Wohnungsreform so gut wie überhaupt nicht genutzt werden:

- Gemeinnützige Wohnungsunternehmen (die bisher z.B. Arbeitersiedlungen den Maklern zur Spekulation überließen, statt trotz günstiger Preise selbst zuzufassen),
- das Städtebauförderungs-Gesetz (das z.B. noch nie zur Enteignung von Boden zu sozialem Ziel benutzt wurde),
- das Bundesbau-Gesetz (das z.B. noch nie als Vorkaufsrecht für bedrohte Sozialstruktur genutzt wurde).
- Wir fordern daher: mit den Instrumenten der Wohnungspolitik (Gemeinnützigen Gesellschaften, Genossenschaften) wieder Sozialpolitik zu machen und die vorhandenen gesetzlichen Rechte sozial auszuschöpfen.

Wohnungsbauförderung durch kommunale Baufonds

- Das bestehende Förderungssystem verteilt jährlich 20 Mrd. DM völlig unsozial. Es begünstigt die Eigentumsbildung und die Besser-



verdienenden. Die größte Wohnungsnot herrscht aber im Geschoßwohnungsbau und bedrängt besonders die unteren Einkommensklassen.

- Wir fordern eine grundlegende Änderung der Förderungspraxis.
- Die derzeit 14 Milliarden DM für die Eigentumsförderung müssen gezielt in den Brennpunkten der Wohnungsnot eingesetzt werden.
- Unabdingbar ist die Abkoppelung des Geschoßwohnungsbaus vom Kapitalmarkt und der Zinspolitik der Bundesbank (2/3 der Miete sind in den ersten Jahren Zinskosten).
- Dezentral kommunale Baufonds müssen errichtet werden, die die Finanzierung übernehmen.
- Die Förderungsmittel für Eigentum sollen in die kommunalen Baufonds umgelenkt werden, die zweckgebunden für Wohnungen verwendet werden.
- Neben der unsozialen Begünstigung der Reichen durch die 7b-Regelung und das „Bauherrenmodell“ muß die Grunderwerbssteuerbefreiung, die Grundsteuer-Erleichterung für Eigenheime und die Bausparvergünstigung ausgesetzt werden.
- Zusätzliche Mittel für die Baufonds können aktiviert werden durch eine Baulandsteuer (= Grundsteuer C),
- Bodenwertzuwachssteuer
- und durch eine Zwangsabgabe der Hypothekenbanken auf der Grundlage von § 104 II Wohnungsbaugesetz.



Foto: Auslöser / Serwe

- Der Effekt: Bereits ohne dringend nötige Eingriffe ins Bodenrecht und in die Bodenpreis-Entwicklung, in Baukosten und DIN-Standards und ohne den Einbezug von Mieterselbsthilfe können dadurch jährlich 100.000 Geschoßwohnungen dort gefördert werden, wo sie am dringendsten benötigt werden. Das wäre das Dreifache der jetzigen Menge.
- Da die oberen Einkommensklassen die Hauptnutznießer der Steuererleichterung sind, sind keine nennenswerten Einbrüche in der Eigentumsproduktion zu erwarten. Denn ihre Bauentscheidung ist im wesentlichen nicht durch Steuergeschenke bestimmt. Meist herrschen Mitnahmeeffekte vor.

Bauträger und Mieterdemokratie

- Die kommunalen Baufonds sollen nur solche Träger fördern, die garantieren, daß bedarfs- und nutzergerecht gebaut wird. Es muß sichergestellt sein, daß die Nutzer bei der Planung und der Baudurchführung durch Selbsthilfe beteiligt werden.
- Die Bewirtschaftung der Häuser hat in Bewohner-Selbstverwaltung zu geschehen. Der verwaltete Mieter muß zum verwaltenden Bewohner werden. - Die Bewohner erhalten ein dauerhaftes Wohnrecht, aber kein spekulatives Veräußerungsrecht über „ihre“ Häuser.
- Für die Wohnungen ist ein mietähnliches Entgelt an den Baufond zu zahlen.
- Wohnstandards müssen ebenso berücksichtigt werden wie sozialpolitische Momente.
- Ein Richtwert von 15% des Einkommens wird als oberste Grenze angesehen.

Dezentrale Wohnungspolitik

- Eine neue Wohnungspolitik muß dezentral, kommunal und demokratisch organisiert sein. Die Wohnungspolitik hat nichts auf der Ebene von Bund und Ländern verloren. Ihr Ort und damit auch der Ort aller Entscheidungen und der Verfügung über die finanziellen Mittel ist die Gemeinde. Nur in der Gemeinde ist die Kenntnis über die konkreten Probleme vorhanden, nur dort können konkrete Lösungen gefunden werden. Demokratische Kontrolle und Initiative sind in der Wohnungspolitik in den Gemeinden direkter zu verwirklichen als auf der von Bund und Ländern.
- Auch innerhalb der Gemeinden muß die Wohnungspolitik dezentral organisiert sein. Projekte durch, für und im überschaubaren Quartier versprechen demokratische und problemorientierte Lösungen.
- Das bedeutet auch eine Dezentralisierung der Stadtplanung und städtischen Verwaltung und eine Verlagerung von Entscheidungsbefugnissen auf die Quartiersebene.
- Für jedes Quartier sind Projektgruppen zu gründen, in denen die Quartiersbewohner und die Stadtverwaltung vertreten sind.
- Die Bewohner haben dabei die Mehrheit der Stimmen in den Projektgruppen.

Planen, erhalten und bauen im Quartier

- Alle Maßnahmen zur Erhaltung und zum Neubau müssen von den Bewohnern im begrenzten Stadtquartier geplant und in ihrer Durchführung kontrolliert werden.
- In jedem Quartier müssen Projektgruppen planen und kontrollieren.
- Die Bewohner müssen in ihnen die Mehrheit haben. Diese Demokratisierung hat in Rotterdam beste Erfolge.
- Die Bewohner-Mitbestimmung darf nicht auf ein Delegierten-Prinzip reduziert werden, in dem eine Minderheit von Geschäftsleuten und Hausbesitzern die Mehrheit erhält, sondern muß mieterorientiert sein. Ausgezeichnete konstruktive Erfahrungen wurden damit in Rotterdam gemacht.

Sozialarchitekt

- Die Bewohner müssen das selbstverständliche Recht erhalten, sich selbst einen Planer bzw. Architekten zu wählen, der aus dem Planungsvorhaben bezahlt wird (vgl. Niederlande und Eisenheim/Oberhausen).
- Der Architekt muß von den Bewohnern eingesetzt werden und darf nur ihnen verantwortlich sein.
- Verbreiten wir in Ausbildung und Praxis den Typ des sozialen „Reparatur-Architekten“! Seine Intelligenz besteht nicht länger in einer abgehobenen und verselbständigten Dekorationstätigkeit für Monumente des Zynismus, sondern in sozialer Einsicht, praktischen Fertigkeiten und sozialer Fantasie.

Neubau

- Wohnungsneubau darf nicht mehr „auf der grünen Wiese“ weitab von bestehender Infrastruktur stattfinden.
- Kein Abriß für Neubau.
- Baulückenschließung.

- Die geradezu gemeinschädliche Begünstigung des freistehenden Einfamilienhauses durch entsprechende Bebauungspläne muß aufgehoben werden. Es kann nicht angehen, daß diese für die Allgemeinheit sehr teure Bauform auch noch staatlich subventioniert wird.
- Die Gemeinden müssen stattdessen dazu übergehen, flachgeschossigen verdichteten Wohnungsbau in bereits erschlossenen Gebieten zu fördern.

Ökologie

- Wohnungspolitik ist an ökologischen Gesichtspunkten auszurichten.
- Statt gewachsener Strukturen und Lebenszusammenhänge zu zerstören und extensiv Einzelhausbebauung im städtischen Umland und damit Landschaftszersiedelung zu befördern,
- muß bestehender Wohnraum in Altbaugebieten mit seinem vielfältigen Umfeld erhalten werden,
- müssen bestehende Wohngebiete ergänzt, erneuert und innerhalb gewisser Grenzen verdichtet werden,
- müssen Infrastruktureinrichtungen als Voraussetzung für Wohnen wieder an die Wohnstandorte gebracht werden.
- Damit schonen wir unsere Umwelt,
- erhalten eine große zusammenhängende Erholungsgebiete und Freiflächen für alle,
- verhindern wir erzwungenen, zeitaufwendigen, umweltbelastenden und energiefressenden Verkehr
- und erhalten und schaffen Lebensqualität im Stadtteil.

Gebrauchswerte von Wohnung und Freiraum

- 36 Jahre nach dem Krieg kann es nicht mehr darum gehen, lediglich ein Dach über dem Kopf zu schaffen. Eine Wohnungspolitik, die über den Quantitäten der Wohnungsversorgung die Qualitäten (d.h. unterschiedliche Lebensweisen und differenzierte Gebrauchswerte) vergißt, ausklammert oder bagatellisiert, ist sozial und unwürdig die Bewohner zu kleinen grauen Mäusen.
- Die Chancen, unser Leben mit historisch entstandenen Gebrauchswerten zu entwickeln, müssen genutzt werden: durch Altbau-Erhaltung.
- Neubauten müssen mehr Wohnwerte erhalten.
- Mehr Wohnwerte müssen den Neubau in der Regel nicht verteuern. Das heißt: Wohnwerte können auch preiswert sein.
- Die Bewohner müssen auch als Mieter sich selbst in und um die Wohnung mehr Wohnwerte schaffen dürfen.
- Über die Gebrauchswerte (Grundrisse, Wohnstandards, Freiraum) können nur die Bewohner selbst bestimmen, nicht die Wohnungsunternehmen.
- Die Wohnungsplanung muß von der einseitigen Konzentration auf die in die Leere der Luft gehängte Wohnung wieder zum Zusammenhang von „Haus“ und „Hof“ bzw. Wohnstraße zurückkehren. Die schlechten Qualitäten „moderner“ Mietwohnungen liegen nicht in erster Linie in ihrem schlechten Zuschnitt, sondern in ihrer mangelnden Verknüpfung mit dem Quartier.
- Nicht nur die Gebrauchswerte im Innern der Wohnung, sondern ebenso die Gebrauchswerte im Freiraum, vor allem in halböffentlichen und öffentlichen Bereich sind konsequent zu entwickeln. Und: als durchgreifende städtische Struktur.
- Die beispielbare Umwelt erspart das Kinderghetto, das sich Kinderspielplatz nennt.
- Erst durch Freiräume mit kommunikativen Qualitäten (Kleinmaßstäblichkeit, Vielfältigkeit, Mitwirkung der Bewohner, Verfügungsmöglichkeiten, auch zur Veränderung) können die Bewohner aus der Unterdrückung durch Isolierung (Atomisierung) befreit werden und ihre sozialen Bedürfnisse erfüllen.
- Es müssen neue Formen des gemeinsamen Wohnens gefördert werden. Die Beschränkung auf das Familienheim führt zum weiteren Anwachsen des Wohnflächenbedarfs und fördert die soziale Isolierung.

Neue Formen des Wohnens

- Um neue Formen des Wohnens zu finanzieren, soll ein Teil der Subventionsgelder in einen Fond eingehen, durch den sie unterstützt werden.
- In einem Subventionswettbewerb sollen durch einen Beirat freien Antragstellern Gelder nach Entscheidung des Beirates zur Verfügung gestellt werden.
- Die Antragsteller brauchen keine Fachleute sein.
- Der Beirat wird für Anträge fachliche Unterstützung organisieren.

Verbindung von Arbeiten und Wohnen - Aufbau von Sozialnetzen

- Auf lokale Finanzfonds gestützte, selbstverwaltete Wohnraumversorgung bietet Anknüpfungsmöglichkeiten für die vernetzte Lösung vielfältiger sozialer, ökonomischer und kultureller Aufgaben.

- Selbsthilfe-Netzwerke können Beiträge leisten z.B. zur benutzerorientierten energetischen Sanierung von Gebäuden (Reduzierung der 'zweiten Miete');
- zur lokalen Energieversorgung (z.B. durch auf das Quartier ausgegerichtete Blockheizwerke);
- zum Aufbau quartierorientierter Sozial- und Gesundheitsdienste,
- für selbstverwaltete Kultur- und Bildungseinrichtungen,
- zur räumlichen und personellen Verbindung von Arbeiten in Klein- und Mittelbetrieben, der Versorgung mit Dienstleistungen, von Wohnen und formellem und informellem sozialem und kulturellem Leben.
- Auf diese Weise kann in unseren Wohnquartieren wieder ein vielfältiges urbanes Leben entstehen, das diesen Namen zu Recht führt.

Instandbesetzen

- Instandbesetzer erfüllen die außerordentlich wichtige Funktion sozialer Herausforderung. Sie machen Unrecht, Mißstände und Asozialität von oben deutlich. Daher gehören sie ausgezeichnet und nicht kriminalisiert.
- Instandbesetzer sind zumindest die Katalysatoren für Enthüllungs- und soziale Veränderungsprozesse. Zu Recht finden sie eine Mehrheit von Sympathie in der Bevölkerung.
- Wir erinnern daran, daß auch unsere Demokratie und viele uns heute selbstverständliche soziale Regeln und Gesetze sich historisch oft nur durch den gezielten und kalkulierten Rechtsbruch entwickeln konnte.
- Gegenrechnung: Wir erinnern daran, daß umgekehrt ein erschreckendes Defizit an Untersuchung sowie zivil- und strafrechtlicher Verfolgung bei einer Fülle von Betrügereien größten Ausmaßes besteht: Beamten-Bestechung, Verfallenslassen von ganzen Stadtbezirken („Leerstandssünden“) und Korruption von Planern und Sanierungsträgern.
- Eine blinde Justiz ist ebenso sanierungsbedürftig wie viele Stadtbereiche.
- Wir erinnern auch an das immense Vollzugsdefizit von sozialorientierten Gesetzen, die in der Praxis der Bevölkerung vorenthalten werden. Dadurch werden Gesetze zum Alibi und zur Show degradiert. Verfall des Rechtsbewußtseins auf oberer Ebene!
- Wer selbst aus verschiedenen Gründen keine Häuser besetzen kann, soll seine Töchter und Söhne dazu anstiften und Instandbesetzer mit einem Teil seines Einkommens genauso wie seine Kinder unterstützen.
- Instandbesetzungen sind soziale Abenteuerplatz. Auf ihnen kann unsere Jugend alle Fähigkeiten nachlernen, die ihr in den Städten einer gestrandeten Wohnungspolitik vorenthalten wurden.
- Wir sehen in dieser Jugend eine Hoffnung.
- Angesichts der Asozialität der Spekulation ist es absurd, Spekulant mit Tränen und Moralbeschwörungen in Schutz zu nehmen und blind sein für die konstruktive Wiederaufbautätigkeit unserer Jugend.
- Ein Staat, der sich auf eine soziale Zukunft einstellt, müßte seiner Jugend in jeder Stadt Objekte zum Instandbesetzen zur Verfügung stellen.

Fazit

- Dieses Land gehört uns allen. Wir lassen es uns nicht kaputt machen durch eine Wohnungsnot, die nicht gottgewollt ist, sondern an der eine kleine radikale Minderheit von grundgesetzzerstörenden Spekulanten-Chaoten sich reich macht - mit Hilfe von abhängigen Politikern und Bürokraten.
- Der reformatorische Theologe Thomas Müntzer (1525): „Die Herren machen es selbst, daß ihnen der arme Mann Feind wird“.
- Setzen wir gegen die Macht der Borniertheit unsere Macht einer allumfassenden schöpferischen Produktivität!
- Nutzen und entwickeln wir die Möglichkeiten, die neuen Ressourcen sozialer Kreativität!
- Morgen kann die Wohnungsnot Euch selbst treffen. Übermorgen: Eure Kinder.
- Wir appellieren an die Solidarität von allen, die selbst keine Wohnungsnot leiden. Solidarisiert Euch nicht mit Spekulanten! Konflikte sind kein Übel, sondern ein bewegendes Moment. Kämpfen wir in allen Ebenen!
- Wenn wir einen erheblichen Teil unserer Einkommen bzw. Steuern in teuerste Kriegswaffen stecken, zur Finanzierung der Konjunktur nordamerikanischer Rüstungsindustrie, dann wird die Wohnungsnot weiter wachsen und das soziale Netz noch weiter reißen.
- Wir beobachten den Zynismus, in welcher Schnelligkeit 800 Mill. DM für eine Panzerproduktion nachgeschossen werden, dann noch mal 600 Mill. DM für Rüstung!
- Die Finanzierung sogenannter Nachrüstung steht uns erst noch bevor: mitten in der Wohnungsnot - trotz angeblich leerer Kassen des Staates. Rüstung verhindern heißt Wohnungsnot lindern.